

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Februar 2008

58. Jahrgang, Nr. 664

Nach den Wahlen in Hessen und Niedersachsen: Das große Unbehagen

Linkspartei wird in den alten Bundesländern zum unübersehbaren Faktor in der Parteienlandschaft

Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben sich an jenem 26. Januar kurz nach 18 Uhr die Augen gerieben, als die Ergebnisse der Wahlprognosen über den Bildschirm flatterten: Die Linkspartei, obwohl man mit ihrem Wahlerfolg hat rechnen müssen, war auf einmal da. In Niedersachsen war sie mit den ersten Hochrechnungen deutlich über 5 Prozent gekommen, in Hessen hofften angesichts der zunächst noch wackligen 4,9 Prozent viele ihrer Gegner, dass sie nicht in den Landtag einziehen würde. Doch die weiteren Stimmenausschüttungen katapultierten sie auch hier zum Erfolg. Und tatsächlich brachte sie in Hessen damit die zunächst vermutete Verteilung der Parlamentssitze durcheinander und bescherte den (noch) großen Volksparteien das viel zitierte Patt, das der CDU nicht hilft und die SPD letztlich nur regieren lässt, wenn sie sich auf einen offiziellen oder auch nur stillen Pakt mit diesen Linken einlässt.

Über das Emporkommen der früheren PDS, die wiederum aus der SED hervorgegangen ist und sich im vorigen Jahr mit der westlichen WASG, die allein nicht mehr als ein unbeachteter Splitter in der Parteienlandschaft geblieben wäre, ist inzwischen genug geredet worden. Zum einen hat die Person Oskar Lafontaines eine hinreichende Attraktivität für viele Wähler, zum anderen erhoffen sich in der Tat auch etliche Arbeitslose und sozial schwach gestellte Bürger von dieser Partei eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Dies sind Motivationen, die man keinem Wähler vorwerfen sollte. Das Thema Armut ist heutzutage in vielen Bevölkerungsbereichen realer Bestandteil des Lebens geworden. Da sich gleichzeitig die Wirtschaft sichtbar im Aufschwung befindet und in den sogenannten Manageretagen schwindelnd hohe Gehälter gezahlt werden, sehen die ärmeren Bürger das Übel ihrer Misere in der ungleichen Umverteilung der Erlöse unserer Unternehmen. Unter den etablierten Parteien ist keine, die sich dieses Themas ernsthaft annimmt. Es ist lediglich die Linke, die hier die politische Chance erkannt hat. Aber auch sie bietet kein wirkliches Konzept zur Beseitigung von Armut an; und in den Ländern, zum Beispiel Berlin, in denen sie mitregiert, ist keinerlei Unterschied zu den von ihr kritisierten Bundesländern zu erkennen. Dass sie nur hohle Propaganda verbreitet, wollen aber viele nicht wahrhaben.

Zugleich bieten die anderen Parteien im Wahlkampf nur halbherzige Konzepte an oder verzetteln sich in Themen wie Umweltschutz oder Einsatz von Friedenstruppen in Afghanistan. Egal, dass Deutschland mehr für den Umweltschutz tut als die anderen Industrieländer und dass die Bundeswehrtruppen die Verhältnisse in Afghanistan bei hohen Kosten und menschlichem Einsatz wirksam stabilisieren.

Völlig kontraproduktiv war zudem die Kampagne, mit der der bisherige CDU-Ministerpräsident Roland Koch im Wahlkampf von sich Reden machte. Die Frage, ob wir eine Verschärfung des Strafrechts brauchen, sollte, wenn überhaupt, sachlich und ohne Emotionen diskutiert werden – und vor allem nicht im Vorfeld von wichtigen Wahlen. Roland Koch jedenfalls hätte allein aufgrund der längst bekannten Umfrageergebnisse vor den Wahlen erkennen müssen, dass er sich und die CDU mit seinen unüberlegten Forderungen um Kopf und Kragen redet.

Wir als SED-Opfer und demokratisch eingestellte Bürger, die die Ausbreitung der Linkspartei mit großer Skepsis beobachten, bedauern sein voraussichtliches Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten. Koch hat immer klaren Kurs gehalten und sich auch in den Zeiten, als die Opferrente noch auf der Kippe stand, für deren Gewährung ausgesprochen.

Im Februar finden in einem weiteren Bundesland Parlamentswahlen statt. Man muss kein Prophet sein, um auch hier den Einzug der Linken in den Landtag vorauszusagen und zu erkennen, dass diese Partei nun in Gesamtdeutschland ihren Platz gefunden hat. *Tom Haltern*

Unglaubliche Provokation der Linkspartei-Abgeordneten Wegner

Mit der Forderung nach der Wiedereinführung eines Staatssicherheitsdienstes und der Rechtfertigung des Mauerbaus im Jahr 1961 offenbarte die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner ein Denken in der Linkspartei, das vielen Menschen in Deutschland die Augen öffnen sollte. Die Äußerung, die keineswegs eine unvorhergesehene Entgleisung ist, führte zu zahlreichen Protesten und der einhelligen Forderung zur Rückgabe des Mandats. *Mehr dazu in der nächsten Fg*

In der letzten Ausgabe der FG habe ich an dieser Stelle erwähnt, dass zu denen, die sich nach dem Zusammenschluss von BSV und VOS als Kandidaten für den gemeinsamen Bundesvorstand zur Verfügung stellen, erklärterweise unser jetziger „Mit-Bundesvorsitzender“ Hugo Diederich gehört. Kamrad Hugo Diederich war der Einzige, von dem eine entsprechende Information zu diesem Zeitpunkt (bei mir) vorgelegen hat. Inzwischen erfuhr ich, dass auch Johannes Rink, der sowohl für die VOS wie auch für den BSV in Sachsen-Anhalt wichtige Arbeit leistet und dort bei den Politikern und den Medien hohes Ansehen genießt, für einen neuen Gesamtvorstand vorgeschlagen wurde. Johannes Rink ist den Leserinnen und Lesern der Fg schon lange kein Unbekannter, er wurde in früheren Ausgaben bereits porträtiert, und auch über seine Initiativen und Aktivitäten konnte man so manches nachlesen. Kamerad Rink gilt vielen Mitgliedern als einer der Wunschkandidaten für den Vorstand.

Mit der Aufzählung der beiden Kameraden möchte ich jedoch alle anderen, die ebenfalls ein ernsthaftes Interesse an der Vorstandsarbeit haben, keineswegs ausgrenzen. Ich würde es sogar für sinnvoll halten, wenn dieser oder jene (weibliche Vorstandmitglieder sind besonders willkommen) frühzeitig seine bzw. ihre Bereitschaft für die Kandidatur äußert, damit sich die Delegierten der Generalversammlung frühzeitig auf die Wahl einstellen und sich die Leserinnen und Leser der Fg frühzeitig ein Bild von den Betroffenen machen können.

Die jeweiligen Kandidaten sollten sich jedoch schon im Voraus darauf einstellen, dass der neue Vorstand keineswegs nur mit Repräsentationsaufgaben betraut sein wird, sondern dass hier viel Arbeit auf die Beteiligten zukommt. Um ein reibungsloses Zusammenwachsen der Verbände zu erreichen, sind Teilnahmen an den Versammlungen der Landes- und Bezirksgruppen erforderlich, werden auch in der Bundesgeschäftsstelle viele Gespräche geführt werden müssen.

Diese Tätigkeiten sind ehrenamtlich, und nicht immer werden sie dem jeweiligen Vorstandsmitglied mit entsprechendem Verständnis und mit Dank erwidert. Diesen Hinweis möchte ich vorab auch allen

Leserinnen und Lesern und allen Mitgliedern unseres neuen, geeinten Gesamtverbandes mit auf den Weg geben.

Ungeachtet aller bisher gefassten Beschlüsse zur Art der Vereinigung stelle ich – letztmals – nun auch die Frage, ob nicht durch eine vereinfachte Form der Zusammenlegung uns allen (also nicht nur dem neuen Vorstand) Mühen, Missverständnisse und möglicherweise auch Aufregungen erspart bleiben könnten. Die Variante, auf die ich mit dieser Frage abziele, ist natürlich nicht neu, sie wurde mehrfach von VOS-Mitgliedern angeregt, und fast alle, mit denen ich persönlich gesprochen habe, favorisieren sie auch: Dies wäre der Beitritt des BSV in die VOS, wobei der BSV alle bisherigen Rechte behält und die VOS zusichert, dass weder dem Verband noch den einzelnen Mitgliedern des BSV irgendein Nachteil entsteht.

Auf ein Wort zum neuen Jahr

Betonen möchte ich noch einmal, dass die Zusammenlegung der beiden großen Verbände ein Schritt ist, dessen Bedeutung uns allen bewusst sein sollte. In der Einheit liegt die Kraft, in diesem Fall ist diese Weisheit nicht nur so dahin gesagt, sondern sie unterstreicht die Notwendigkeit, vielen Erfordernissen der neuen Zeit zu begegnen. Wie zuletzt in den Ausgaben der Fg immer wieder berichtet (und beklagt), sind die Erinnerungen an die Geschichtsergebnisse und politischen Verhältnisse des vorigen Jahrhunderts zusehends im Schwinden begriffen. Falschdarstellungen und bewusst geschaffene Lücken über das Wesen und das System des untergegangenen SED-Staates sind an der Tagesordnung. Ein großer Verband, in dem viele ehemalige politische Häftlinge als Zeitzeugen, Widerständler und Opfer geeint sind, hat langfristig andere Möglichkeiten des Auftretens in öffentlichen Diskussionen und Foren (wie auch für ein weit verbreitetes eigenes Verbandsorgan) als kleinere Verbände, die sich zudem noch unnötig in personelle Wirrungen verstricken.

Je größer wir als (homogene) Organisation in Erscheinung treten, umso realistischer sind auch unsere

Einflussmöglichkeiten auf das Bildungssystem unseres Landes und auf die Beteiligung an politischen Prozessen. Ein starker Verband kann durchaus mit mehr Nachdruck Kritik an den Fehlern und Lücken des Schulbildungssystems üben als mehrere kleine Organisationen oder Initiativen. Wie wir mit Erschrecken feststellen mussten, ist das Bild einer DDR, wie wir als ehemalige politische Häftlinge sie kennen gelernt haben, insbesondere aus den Köpfen der jungen Generation verschwunden. Mehr und mehr wird diese DDR als ein Staat dargestellt, dessen politischer Stellenwert sich von dem der Bundesrepublik nicht unterscheidet. Dass die DDR eine Diktatur war, die um ihrer selbst willen und auf Geheiß des Moskauer Politapparates existierte und viele unschuldige Menschen zu Tode brachte, wissen oft nur noch Jugendliche, die in der Schule engagierte Lehrer haben oder deren Eltern mit Schaden aus dem „Dreibuchstabenland“ DDR hervorgingen.

Dass nun die neue Linkspartei im gesamten Bundesgebiet ihren organisierten politischen Einfluss immer weiter ausbreitet, dürfte eine objektive Geschichtsbetrachtung in den Lehrplänen der Schulen nicht eben erleichtern. Nach den Wahlergebnissen von Hessen und Niedersachsen muss uns klar sein, dass diese Partei auch weitere Bundesländer erobern wird und dass die SPD sie aufgrund der Sitzverteilungen in den Parlamenten letztlich als Mehrheitsbeschaffer und Koalitionspartner an Regierungen hinzuzieht. Wir haben dies nun hinreichend lange in Berlin erlebt, wir werden es an anderer Stelle ebenfalls erleben.

Da sich die Linkspartei mit Oskar Lafontaine einen äußerst populären, wenn auch zuweilen umstrittenen Spitzenpolitiker in ihre Reihen geholt hat, nützen platte Beschimpfungen und Beleidigungen von unserer Seite wenig. Die führenden Vertreter der Linkspartei treten in der Öffentlichkeit fast immer moderat und souverän auf, man kann sie daher nur mit diesen gleichen Waffen besiegen und ihrer Argumente entheben. Gerade aber wir verfügen über diese Argumente, indem wir auf unsere Schicksale – verursacht durch die SED – hinweisen. Es ist an uns, durch sachliche Strategien innerhalb eines großen Verbandes der Linkspartei und der Öffentlichkeit die Wahrheiten sachlich zu präsentieren.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Die alten Bundesländer begrüßen die SED-Nachfolgepartei – zu den Wahlergebnissen in Niedersachsen und Hessen

Redaktionsthema:

Der Zusammenschluss von BSV und VOS naht – wie wird er vollzogen?

Die Wahlerfolge der Linkspartei – welche Rolle spielen die SED-Opfer

DAS THEMA, DAS UNS ANGEHT!

Bearbeitung der Anträge auf Opferrente

Gute Erfahrungen und frühe Auszahlungen in Schleswig-Holstein

In einigen Bundesländern passiert immer noch zu wenig

Klartext und Wahrheiten unerwünscht

Der Leiter der Berliner Gedenkstätte in Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe sieht sich neuen Anfeindungen ausgesetzt

Aufklären und Verantwortung gegenüber Jugendlichen übernehmen

Melanie Kollatzsch ist nun auch in einem Film zu sehen und erfährt viel Resonanz

Weitere Fortschritte angedacht

Es tut sich auch etwas bei der Unterstützung der bisher benachteiligten Opfergruppen

FG international:

Das kleine Estland stemmt sich tapfer gegen das große Russland

Eine Vielzahl von Beschwerden bei der EU wegen Verletzung von Menschenrechten

Unter deutschen Dächern

Nach 22 Jahren findet man in Bergholz-Rehbrücke die Leiche des Arztes Dr. B.

Ein neues Buch über die Schwachen, die Starken und die Unentbehrlichen

Helma von Nerée arbeitet das Schicksal ihres in Mühlberg umgekommenen Vaters auf

Anmaßend und frech

Das Verhalten von Behördenmitarbeitern gegenüber SED-Opfer

Lösung für Haftgedenkstätte in Cottbus greifbar nahe

Absprachen zwischen Verein, Stadt und Ministerin sind erfolgt

Kommunist sein, was das heißt

Aus der Reihe: Kameraden machen Gedichte zur politischen Situation

RUBRIKEN

- Das Comeback des Trabi 7
- Briefe zur Opferrente 8
- Spender, Verstorbene 11
- Zitat 4, 9
- Suchmeldungen 10, 12
- Veranstaltungen 12
- Impressum 12

Treffen der Lagergemeinschaft

Workuta in Potsdam

Liebe Kameraden der LG Workuta, auch aus Kasachstan, Mordowien, Sibirien und der gesamten ehemaligen Sowjetunion!

Unser Jahrestreffen findet

2008 in Potsdam statt, 18.-20. Mai Kernzeit

Hotel Mercure am Hauptbahnhof Potsdam

vom Berliner Hauptbahnhof in dreißig Minuten zu erreichen.

Wir haben bisher über 130 Anmeldungen, viele nutzen die Gelegenheit der ausgehandelten preiswerten Unterkunft, € 99,- mit Frühstück, um einen Kurzurlaub daraus zu machen. Der Preis gilt auch für Anmeldung früher bzw. Verlängerung. Die Kernzeit ist, wie immer, einem Projekt vorbehalten, Besuch des KGB-Gefängnisses, Schloss Cecilienhof, wo das Potsdamer Abkommen unterzeichnet wurde, Gespräche mit Schülern usw. Näheres in einem gesonderten Rundbrief Ende März. Die Abende sind für Gespräche unter Kameraden und Frauen reserviert, eine Dampferfahrt am letzten Tag in der traumhaften Märkischen Seenlandschaft soll für einige unbeschwerte Stunden sorgen, die wir uns wahrlich verdient haben.

Wir können schon jetzt verraten, dass viele Kameraden und Kameradinnen dabei sein werden, die zum ersten Mal an einem Treffen teilnehmen! Nachmeldungen sind noch immer möglich unter

Lothar Scholz – 030 / 71165 46

Kassen-Prüfung vom 12.02.2008 in der VOS-Bundesgeschäftsstelle Berlin ohne Beanstandungen

Bericht der Bundesrechnungsprüfer der VOS

Werner Sauerzweig und Siegfried Jahnke

Am 12.02.2008 wurde durch die beiden Bundesrechnungsprüfer die Prüfung in der Bundesgeschäftsstelle vorgenommen. Es wurde die Handkasse, das lfd. Konto, einschließlich der Festgeldanlage und separat das Konto „Sonderkonto Klage Spendengelder“ geprüft. Die Buchungen auf dem Sonderkonto wurden ausschließlich für Klagen bei den Sozialgerichten verwandt. Das lfd. Konto wies keine Beanstandungen auf, die baren Kassenbelege wurden ordentlich verbucht. Der Kassenbestand wurde kurzzeitiglich überzogen, das Limit beträgt 300,00 €.

Die Projekte der Stiftung Aufarbeitung wurden für das Jahr 2006 abgerechnet und es ergab sich eine Nachfrage, die aber nicht finanzieller Art war.

Durch zeitnahe Zahlungen wurde von den Möglichkeiten, Skonto zu ziehen, Gebrauch gemacht.

Eine stichprobenweise Überprüfung der Sachausgaben erfolgte ohne Beanstandungen.

*Werner Sauerzweig, Bundesrechnungsprüfer
Siegfried Jahnke, Stellvertreter*

Die Landesgeschäftsstelle Berlin/Brandenburg hat ab sofort neue Beratungszeiten:

Montag und Donnerstag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, Mittw. und Freitag von 12:00 bis 17:00 Uhr

Das Beratungsteam sind

Edda Schönherz, Mario Röllig und Hartmut Richter

Bearbeitung und Zahlung der Opferrente verläuft teils noch schleppend

Bundesland Brandenburg bei Bearbeitung der Anträge offensichtlich hintenan

Die Leserinnen und Leser der Fg konnten in den letzten Ausgaben anhand der hier veröffentlichten Spendenlisten erfahren, dass es durchaus Kameraden gibt, die ihre Opferrente erhalten haben und dies durch eine ansehnliche Spende an unseren Verband verdeutlichten.

Wenn man jedoch die Statistiken der Auszahlungen besieht, so könnte man davon ausgehen, dass künftig noch zahlreiche weitere Spenden zu erwarten sind. Denn viele Empfangsberechtigte haben noch nicht einmal einen Bescheid auf ihren Antrag bekommen. Insbesondere im Bundesland Brandenburg sind die Betroffenen vielfach unzufrieden. Hier werden nicht wie sonst üblich die Versorgungsämter als zuständig für die Bearbeitung der Anträge erklärt, sondern die Landgerichte, die sich in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) befinden. Von den im August/September gestellten Anträgen sind bis Mitte August 2008 gerade mal die Hälfte bearbeitet worden. Bearbeitet heißt aber nicht, dass die heiß ersehnte Auszahlung der ersten Monatsbeträge auch sofort erfolgte. Hier liegt die Erfolgsquote noch viel tiefer, denn von den Bewilligungsbescheiden wurde wiederum nicht einmal die Hälfte durch Auszahlungen endgültig abgeschlossen.

Als Gründe für die schleppende Bearbeitung wird vor allem die unzureichende personelle Ausstattung der Ämter bezeichnet. „Es sind nicht genügend Mitarbeiter da, die sich um die Anträge kümmern können“, heißt es. Zudem seien zahlreiche Anträge mangelhaft eingereicht. Hier fehlen die beizulegenden Nachweise und Bescheinigungen. Die Behörde muss von den Antragstellern weitere Dokumente nachfordern.

Als Konsequenz aus der Unzufriedenheit der Empfangsberechtigten, soll nun nach Altersgruppen differenziert werden: Damit die älteren Ex-Häftlinge eher in den Genuss der Renten kommen, sollen die „jüngeren“ länger auf Bescheid und Auszahlung warten.

Dass das Problem der Verzögerungen damit gelöst ist, kann man dann freilich bestenfalls im Sinne der Behörden und des Gesetzgebers interpretieren. Auch ehemalige politische Gefangene im noch nicht ganz fortgeschrittenen Alter sind oft gesundheitlich stark angeschlagen, auch sie können womöglich ernsthaft erkranken. Abgesehen davon liegt der Untergang der unseligen DDR mittlerweile 18 Jahre zurück. Soll heißen: Man kann heutzutage wohl kaum noch von „alten“ und „jungen“ ehemaligen Häftlingen reden, denn bejahrt sind sie inzwischen alle. Zudem muss man die Frage stellen: Warum sollen die Unzulänglichkeiten der Behörden durch die laut Gesetz zu Lasten Anspruchsberechtigten Zuwendungsempfängern gehen? Haben diese nicht schon lange genug gelitten? Warum kann man nicht aus anderen Arbeitsbereichen Mitarbeiter zeitweilig umsetzen, um die Antragsflut schnell zu bewältigen? Denn mit Verlaub: Ist es denn wirklich so ein intellektuelles Meisterstück, als Behördenmitarbeiter mit einem Antrag auf Opferrente fertig zu werden? *Tom Haltern*

Ann. d. Red.: Bitte benachrichtigen Sie uns, ob Sie gute oder schlechte Erfahrungen mit den Anträgen gemacht haben

Auch positiver Verlauf bei der Bearbeitung der Anträge möglich

Meldungen aus Schleswig-Holstein und Sachsen stimmen zuversichtlich

Glücklicherweise sehen wir der Bearbeitung der Anträge nicht nur mit Skepsis entgegen. In einigen Bundesländern gehen die Dinge denn doch gut voran.

Aus Schleswig-Holstein meldet unser VOS-Aktivposten Walter Juerss, dass bis Ende Januar 527 Anträge auf „besondere Zuwendung“ eingereicht wurden. Von diesen sind bislang 400 positiv entschieden. 80 dieser Anträge wurden wegen anderweitiger Zuständigkeit an andere Bundesländer weitergeleitet. Der Rest wurde abgelehnt bzw. befindet sich noch in der Entscheidungsfindung.

Aufmerken lässt die Mitteilung unseres Kameraden Walter Juerss, dass in Schleswig-Holstein auch noch „Nachzügler“ bezüglich der Antragstellung für die Kapitalentschädigung aktiv geworden sind. Hier zeigt sich, dass das Informationssystem über die Zuwendungen, die ehemaligen politischen Häftlingen aus SBZ/DDR zustehen, keineswegs vollkommen ist. Daher sollte man den Antragstellern, die noch nicht in unserem Opferverband Mitglied sind, dringend den Beitritt zur VOS oder zumindest ein Abonnement der Freiheitsglocke empfehlen. Und jene, die bereits Mitglied sind, sollten in einem solchen Fall nicht mit einer Spende zögern.

Weitaus größer nimmt sich der Ansturm auf die Versorgungsämter im Bundesland Sachsen aus. Fast 10 800 Rentenansprüche von SED-Opfern sind hier bis Januar 2008 erfasst worden. Davon wurden knapp 3.300 Anträge bewilligt, wie der Chemnitzer Regierungspräsident Karl Noltze inzwischen in Chemnitz mitteilte. Etwa 1100 Anträge seien in andere Bundesländer weitergeleitet und 100 abgelehnt worden. Um den vorübergehend entstandenen Antragsstau sowie den hohen Auskunfts- und Beratungsbedarf bewältigen zu können, wurden in den Behörden 20 zusätzliche Mitarbeiter befristet eingestellt oder umgesetzt.

Auch die vor Inkrafttreten des Gesetzes bereits vorsorglich bei verschiedenen Behörden gestellten Anträge, die offenbar noch nicht berücksichtigt waren, sollen nach Auskunft des Regierungspräsidiums in Chemnitz zügig bearbeitet werden. Angestrebt sei die Abarbeitung aller Anträge bis zum Jahresende 2008.

Auch in diesem Bundesland, so versicherte Regierungspräsident Noltze in einem Gespräch mit der lokalen Presse, hätten mittlerweile die ältesten Antragsteller oberste Priorität. Diese seien oft über 80 Jahre alt.

Wie es heißt, habe die Behörde in Sachsen mit noch mehr Anträgen gerechnet. Dass nun nicht die erwartete Zahl eingegangen sei, liege möglicherweise daran, dass etliche Anspruchsberechtigte vor Inkrafttreten des Gesetzes gestorben sind. Dies zeigt jedoch einmal mehr die Nachbesserungsnotwendigkeit des Gesetzes über die besondere Zuwendung (Opferrente) hinsichtlich einer Regelung zur Vererbbarkeit in begründeten Fällen.

Tom Haltern

Hier nochmals der Hinweis für alle, die ihren Antrag bisher noch nicht gestellt haben: Die Bearbeitung der Anträge erfolgt vom Grundsatz her in dem Bundesland, in dem die Häftlinge ihre politische Haft verbüßt haben. Das Geld wird ab Datum der Antragstellung, frühestens jedoch ab 1. September 2007 gezahlt.

Ein Aufklärer kommunistischer Verbrechen und Geschichtsbewahrer

Linke Angriffe auf Hubertus Knabe als Erwiderung eines konsequenten Verhaltens

Das Untersuchungsgefängnis der „Staatssicherheit“ in Berlin-Hohenschönhausen dürfte jedem DDR-Häftling bekannt gewesen sein, auch wenn er dort nicht hatte in unterirdischen Zellen sitzen müssen und auf grausame Art verhört worden war!

Die aus Westdeutschland entführten Kommunisten Kurt Müller (1903-1990), 1959 KPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, und Fritz Sperling (1911-1958), KPD-Landesvorsitzender in Bayern, wurden dort wegen „parteischädigenden Verhaltens“ vernommen und misshandelt, und der 1952 aus Westberlin verschleppte Jurist Dr. Walter Linse (1930-1953) wurde dort verhört, bevor er im Moskauer Butyrka-Gefängnis erschossen wurde.

Später verbrachten dort qualvolle Wochen und Monate in Untersuchungshaft die Journalisten Karl Wilhelm Fricke (1929) und Dieter Borkowski (1928-2000), Walter Janka (1914-1994), der Leiter des Ostberliner Aufbau-Verlags, der Schriftsteller Jürgen Fuchs (1950-1999), die Bürgerrechtlerinnen Vera Lengsfeld (1952) und Freya Klier (1950).

Seit 1995 ist das ehemalige Gefängnis Gedenkstätte, wissenschaftlicher Direktor seit Dezember 2000 ist Dr. Hubertus Knabe, der von 1992 bis 2000 in der Abteilung „Bildung und Forschung“ der Gauck-Birthler-Behörde in Berlin gearbeitet und sich durch die Veröffentlichung von bisher zwölf Büchern einen Namen als unbestechlicher Aufklärer kommunistischer Verbrechen gemacht hat. So erschienen zuletzt im Berliner Propyläen-Verlag zwei Titel, die großes Aufsehen erregten: „Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland“ (2005) und „Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“ (2007), sowie als Taschenbuch im Münchner List-Verlag die Sammlung von 24 Erlebnisberichten „Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten“ (2007).

Wer so rigoros wie Hubertus Knabe der Aufklärung über eine blutige Diktatur verpflichtet ist, der schafft sich ständig neue Feinde. So reicht die Front der ideologischen Gegendenker inzwischen von Klaus Meschkat (1935), dem APO-Großvater und emeritierten Soziologie-Professor in Hannover, der dem unermüdlichen Aufklärer 2001 ein „Stasi-Weltbild“ bescheinigte, über den Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer und seine DDR-Apotheosen im „Neuen Deutschland“ (6. Oktober 2007) und im „Freitag“ (12. Oktober 2007), bis zu Paul Kaiser, der am 12. Januar 2008 in der „Berliner Zeitung“ den Gedenkstättenleiter unter dem Titel „Einer, der auszog, das Fürchten zu lehren“ niederzumachen suchte.

Nun muss man wissen, dass die „Berliner Zeitung“ das ehemalige SED-Bezirksorgan von Ostberlin ist, in deren Redaktionskollegium noch heute einige Nostalgiker des 1989/90 schmählich untergegangenen SED-Staates sitzen dürften, wie das für alle früheren SED-Bezirkszeitungen, vom „Freien Wort“ in Suhl bis zur „Ostsee-Zeitung“ in Rostock, zutrifft. Und diesen DDR-Beweinern und Sozialismus-Nachtrauerern ist wenig daran gelegen, über ein diktatorisches Regime, in das sie selbst verstrickt waren, aufklärerische Arbeit zu leisten.

Und der offensichtlich noch junge Journalist Paul Kaiser von der „Berliner Zeitung“ haut mit seinem Schmähartikel in dieselbe Kerbe, die ihm seine ideologischen Lehrmeister vorgegeben haben. So wird alles, wie es bei DDR-Nostalgikern üblich ist, angezweifelt, nach Wider-

sprüchen abgeklopft, mit Häme („gerechter Einzelkämpfer an der Gut-Böse-Front“) und Vorwürfen bedacht und mit fadenscheinigen Argumenten „widerlegt“, was berechtigt und beweiskräftig gegen den Mauerstaat vorgebracht werden kann. Dass dabei das Privatleben Hubertus Knabes zur Diffamierung seiner Arbeit missbraucht wird, versteht sich bei dieser Art von Journalismus von selbst.

Dabei erfährt die Gedenkstätte in Hohenschönhausen, trotz aller Verharmloser und Schönredner einer alle Menschenrechte missachtenden DDR-Innenpolitik, breiten Zuspruch durch die Besucher, deren Zahl von Jahr zu Jahr wächst. So sind 2007 rund 208 000 Besucher, darunter viele Jugendliche, in der Gedenkstätte gewesen und haben sich von ehemaligen Insassen des Gefängnisses über die inhumanen Praktiken der „Staatssicherheit“



informieren lassen. Viele von ihnen, die zu DDR-Zeiten von diesen Zuständen nie etwas erfahren hatten, waren so entsetzt darüber, was sie nachträglich über „ihren“ Staat erfahren mussten, dass sie zornig und angewidert davon gingen.

Hubertus Knabe, 1959 in Unna geboren und in Mülheim/Ruhr aufgewachsen, ist schon als Kind mit der SED-Diktatur konfrontiert worden. Wenige Wochen vor seiner Geburt waren seine Eltern als DDR-Flüchtlinge ins Rheinland gekommen, in Ostberlin lernte er 1979 seine spätere Frau, die Theologin Annette Buche, kennen, in den Jahren 1980/87 wurde er mit Einreiseverbot belegt, 1990 wurde er mit einer Arbeit über DDR-Thematik an der Freien Universität Berlin promoviert. Von daher versteht man, dass er gegen die Einbeziehung der 1992 von der PDS gegründeten „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ in das Stipendienprogramm der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ auftritt. Wenn die Wende-Kommunisten unter Gregor Gysi und Lothar Bisky, in deren Reihen die SED-Tradition munter fortlebt, obwohl sie sich 1989/90 ein demokratisches Mäntelchen übergeworfen haben, mit staatlichen Geldern die DDR-Verbrechen entschuldigen und die Berliner Mauer 1961/89 als „Bollwerk des Friedens“ bezeichnen dürften, das wäre so, als würden Hunderte von erschossenen Flüchtlingen und Zehntausende von Häftlingen noch einmal gedemütigt!

Man kann Hubertus Knabe, der in uns Häftlingen seine treuesten Bundesgenossen hat, nur raten, unbeirrbar auf seinem Weg voranzuschreiten und aufzuklären über diesen Staat, dessen schlimme Hinterlassenschaften noch lange nicht aufgearbeitet sind. Dr. Jörg Bernhard Bilke

Standard-Drohung der Stasi-Schergen nun Filmtitel zum Kollatzsch-Schicksal

Große Resonanz bei Vorführungen und Gesprächen an Schulen

Wenn man in den Reihen der VOS und unter den SED-Opfern überhaupt nach positiven Beispielen der Vergangenheitsaufarbeitung sucht, so steht der Name Melanie Kollatzsch ganz oben auf der Liste. Obwohl inzwischen 80 Jahre, die in Magdeburg beheimatete Kameradin ein enormes Pensum an Veranstaltungen und Zeitzeugeneinsätzen ab und findet dabei immer eine große Resonanz.

Wie bereits mehrfach in der Fg berichtet, wurde Melanie Kollatzsch 1947 als kaum Zwanzigjährige im „Roten Ochsen“ in Halle zu einer Haftstrafe von 25 Jahren verurteilt, weil ihr die sowjetischen Besatzer „Spionage und Kriegstreiberei“ vorwarfen. Hier, in den Verhörkellern des „Roten Ochsen“ sitzt ein sowjetisches Tribunal über sie Gericht. Die Offiziere schreien, sie sprechen russisch, die verschüchterte Vorgeführte versteht kein Wort. Von ihrer unfassbar hohen Strafe musste sie 15 Jahre verbüßen.

Auch nach der Entlassung aus der Haft blieb die damals gerade 36 Jahre alte Frau stigmatisiert und litt weiter unter den Repressalien der DDR-Organe. Nicht nur war es ihr nicht vergönnt, ein halbwegs normales Leben zu führen, hatte sie auch kaum jemanden, mit dem sie über das erlittene Schicksal reden konnte. Erst nach 1989 war es ihr möglich, über das eigene Schicksal zu sprechen. Und darin bildet sie gegenüber allen anderen ehemaligen Häftlingen keine Ausnahme.

Erst nach dem Fall der Mauer und dem Sturz des SED-Regimes gelang es Melanie Kollatzsch, die Ketten der Vergangenheit zu sprengen und gemeinsam mit den VOS-Kameraden dafür zu sorgen, dass die Grausamkeiten des SED-Unrechtsregimes nicht in den Schubladen der Geschichte vermodern, sondern dass vor allem Jugendliche über die wirklichen Verhältnisse aufgeklärt werden.

Seit etwa einem Vierteljahr gibt es nun den Film „Gesicht zur Wand“, der über fünf von elf Haftstationen – darunter das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, wo nach 1945 mindestens 12.000 Inhaftierte zu Tode kamen – berichtet, in denen Kameradin Melanie ihren Leidensweg durch die DDR-Zuchthäuser

absolvieren musste. In diesem Film steht Melanie Kollatzsch im Mittelpunkt, gibt Erläuterungen, erinnert sich. Manches kommt zur Sprache und vor die Kamera, was dem Betrachter den Atem stocken lässt. Allein der Befehl „Gesicht zur Wand!“, der jeden früheren Häftling noch heute frösteln lässt, ist ein bezeichnendes Motto für den Rückblick, der hier nicht im Zorn, aber mit wachem Auge und mit der Absicht, all das Geschehene festzuhalten, getroffen wird.



Mit dem Gesicht zur Wand musste man sich als Strafgefangener drehen, wenn man durch die Gänge der Haftanstalten geführt wurde und an irgendeiner Stelle, sei es zum Aufschließen der nächsten Tür, stehenbleiben musste – egal, ob andere Personen den Flur oder den jeweiligen Raum betraten oder nicht. Folgte man dem Befehl nicht umgehend oder wagte man nur, sich leicht zu drehen, um jemanden zu sehen, wurde dies schnell mit einem Schlag oder einem Schubs, zumindest mit einem derben Brüller geahndet.

Da der Inhalt des Films weder belehrend noch anmaßend aufgebaut ist und an den Leidensstätten auch Tausende andere Häftlinge untergebracht waren, kommt ihm eine allgemeine geschichtliche Bedeutung zu, was heißt, dass seine Verbreitung dringend erforderlich wäre. Über den dürftigen Stand der Geschichtskenntnisse in diesem Land wurde ja mithin in der Fg genug berichtet – hier sind Konsequenzen dringend erforderlich.

Bisher waren es etwa 600 Gäste, die den Streifen in der Magdeburger Gedenkstätte am Moritzplatz sehen konnten. Dies mag, im Vergleich zu Kinofilmen, wenig erscheinen, es ist jedoch viel, wenn man die geringe Zahl der Plätze berücksichtigt und auch auf die ansonsten eher spaß- und abenteuerorientierte Interessenslage innerhalb unserer Gesellschaft verweist. Zudem wird der Film als sinnvolle Diskussionsgrundlage in den Schulen verwendet.

Der Bereich Schulen ist Melanie Kollatzsch immens wichtig. Hier klärt sie über die DDR auf, hier diskutiert sie mit Jugendlichen. Ein bisschen ist die Aufmerksamkeit, die sie erfährt sicherlich auch Trost für die vielen Jahre innerer Verbannung. Aber auch in den Gedenkstätten soll der Film gezeigt werden, da er, wie der Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Gerhard Ruden, meint, wesentlich zur Geschichtsaufarbeitung des SED-Unrechts beitrage. *B. Thonn*

Foto: Melanie Kollatzsch als junge Frau (Quelle: privat)

Wer war dabei?

Zeitzeugen des Mauerfalls gesucht

Für eine Dokumentation zum Fall der Mauer im Rahmen unseres neuen Formates: „Wo warst Du?“ bin ich auf der Suche nach interessanten Geschichten, die sich im Zusammenhang mit dem Fall der Mauer abgespielt haben.

Zum Beispiel suche ich jemanden, der zum Zeitpunkt des Mauerfalls wegen Republikflucht im DDR-Gefängnis saß.

Darüber hinaus wäre ich für jede Information über spannende, skurrile oder ungewöhnliche Begebenheiten in diesem Zusammenhang außerordentlich dankbar.

Meldungen bei:

Barbara Luther

klarlogo

Film- und Fernsehproduktion im Auftrag der ARD

Redaktion: Wo warst Du?

Tel. 0171-9320177

Zitat:

Diese DDR ist wie ein Planet, der niemals wirklich existiert hat. Und trotzdem leben dort immer noch Leute. *A. R*

Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz tritt noch in diesem Jahr in Kraft!

Endlich auch Verbesserungen für Deportierte und Spätheimkehrer in Sicht

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz MdB und der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jochen-Konrad Fromme MdB erklären:

Die Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD arbeitet derzeit unter Hochdruck an einer Änderung des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes. Hiernach soll das Gesetz nicht erst zum 01.01.2009 sondern bereits im II. Quartal dieses Jahres in Kraft treten. Bisher war eine Vorverlegung des Termins aufgrund der Blockadehaltung der SPD im Haushaltsausschuss gescheitert. In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass sich CDU und CSU seit rund 8 Jahren bemühen, eine Entschädigung für die Kriegsheimkehrer im Beitrittsgebiet zu schaffen.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen müssen kein weiteres Jahr mehr auf ihre Wiedergutmachung warten. Das ist aufgrund des hohen Alters der Betroffenen nicht zu verantworten.

Irritationen löst die Äußerung des SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Hacker in der Berliner Zeitung aus, wonach die deportierten Frauen, die während und nach dem zweiten Weltkrieg aus den ostdeutschen Gebieten in die Sowjetunion verschleppt wurden, ebenfalls die für die Spätheimkehrer vorgesehene Entschädigung in Höhe von maximal 1.500 Euro erhalten sollen.

Dies entspricht nicht dem bisherigen Stand der Gespräche. Vielmehr war in der großen Koalition bisher einvernehmlich angestrebt, den Zivilinternierten und Deportierten aus den ehemaligen ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 3.000 Euro zukommen zu lassen. Dies würde dem Jahresbetrag der Zuwendung für Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR gem. § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (SED-Opferpension) entsprechen.

Derzeit prüft das Bundesinnenministerium zusammen mit der Stiftung für politische Häftlinge in Bonn, ob dieser Betrag den Opfern im Wege einer untergesetzlichen Verwaltungsanweisung gewährt werden kann. Das Bundesministerium des Inneren hat zugesagt, das Prüfungsergebnis den Koalitionsfraktionen in Kürze mitzuteilen. Es ist daher unverständlich, weshalb MdB Hans-Joachim Hacker diesen Betrag jetzt halbieren will.

Hinweis: Der vorstehend abgedruckte Textbeitrag wurde vom Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz herausgegeben.

Rückkehr des Trabi steht bevor

■ Alle Fans, die das heimliche Symbol der Armseligkeit der DDR-Wirtschaft vermisst haben, dürfen sich freuen: Der Trabi, ein von Hassliebe umgebenes früheres Fortbewegungsmittel (Rennpappe, Zündkerze mit Dach), wird in neuer (westlicher) Ausführung, wenn auch zunächst als Prototyp in 2009 wieder hergestellt. Entwickelt soll der neue PKW von der Firma IndiKar, die sich in der Nähe von Zwickau befindet, werden.

Fg international + + + Fg international Viele Beschwerden zu Menschenrechtsverletzungen in Russland und Türkei

Bericht des Europäischen Gerichtshofes der Menschenrechte für 2007

Eine Flut von Klagen und Beschwerden erreichte in 2007 den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte. Nahezu 42.000 Mal meldeten sich Bürger oder Interessenvertreter aus 47 Ländern Europas, da sie sich innerhalb ihrer Staaten in den Menschenrechten beeinträchtigt sahen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von fast 20 Prozent, wobei aus den vergangenen Jahren weitere etwa 80.000 noch nicht abgeschlossene Beschwerde-Fälle vorliegen. Der Jahresbericht weist aus, dass von den eingegangenen Beschwerden 1.503 Fälle verhandelt und durch Urteile bewertet wurden. Dabei wurde in 1.349 Urteilen der in der Beschwerde vorgetragene Verstoß gegen das Menschenrecht bestätigt. Die höchste Zahl der Beschwerden wegen Verstoßes gegen Menschenrechte liegt, so der Jahresbericht, bei Russland. Hier seien mehr als 20.000 Fälle vorgetragen worden, was als Folge 175 Verurteilungen nach sich zog. Im Mittelpunkt der russischen Anträge an den Gerichtshof stehe nach wie vor die abtrünnige Kaukasus-Republik Tschetschenien.

Ebenfalls als negativ wird in dem Bericht die Türkei erwähnt. Aus diesem Land seien 9.150 Menschenrechtsverletzungen angemahnt worden, darunter der medienwirksam behandelte Fall des minderjährigen Marco W. aus dem niedersächsischen Uelzen. Laut Bericht habe es gegen die Türkei 319 Verurteilungen gegeben.

Weniger auffällig erscheint Deutschland in dem Bericht. Bei etwa 2.500 Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen wurde nur sieben Mal gegen deutsche Gerichte entschieden.

Bronzesoldat oder Politikum?

Estlands Gericht verhandelt gegen russische Krawallmacher

Zu den Ländern, deren Befreiungsschlag gegen die Jahrzehnte währende russische Besatzung vom ganzen Volk getragen wird, gehört das kleine Estland, inzwischen Mitglied von Nato und EU und unmittelbarer Nachbar der einstigen Besatzungsmacht. Nachdem im vorigen Jahr im Ergebnis anhaltender Unruhen in Estland beschlossen wurde, ein Militärdenkmal (Der Bronzesoldat) zu Ehren gefallener Sowjetsoldaten aus Tallinns Zentrum zum Militärfriedhof zu verlegen, war es in der Hauptstadt zu wüsten Krawallen gekommen, als deren Urheber die nunmehr vor Gericht stehenden vier Angehörigen der russischen Minderheit in Estland ausgemacht wurden. Bei den Krawallen wurde ein junger Russe getötet, mehr als 100 Menschen wurden verletzt.

Von Seiten der (deutschen) Linken wird der Gerichtsprozess als politisch manipuliert und gegen die Interessen der russischen Minderheit gerichtet bezeichnet. Leider wird nicht hinterfragt, welche Rolle die russische Regierung und deren Konsulat, die hinter den Unruhen stecken, gespielt haben. Ganz offensichtlich wurden die Krawallmacher vom Konsulat instruiert, um somit Unruhe ins Land zu bringen und damit die Rückholung der baltischen Republiken in das einstige russische Imperium zu thematisieren.

B. Thonn

Der Tote unterm Dachboden und die Gerüchte um die Rolle der Stasi

Mehr als 25 Jahre soll die Leiche des Rehbrücker Arztes Siegfried B. unentdeckt im Nebengelass seines großen Wohnhauses gelegen haben

Bergholz-Rehbrücke ist eine Kommune, die äußerlich nur durch die Bahnlinie Berlin-Wannsee – Michendorf von der Landeshauptstadt Potsdam getrennt wird. Der Ort, so beschaulich er immer wirkte, hat sich bereits zu DDR-Zeiten von der einstigen Vorstadtsiedlung, zu der auch das Bauerndorf Bergholz gehört, zur gehobenen Wohngegend gemauert. Hier lebte die Schauspielerin Lotte Werkmeister, und der hoch angesehene Leiter des im Ort ansässigen Ernährungsforschungsinstituts, Professor Arthur Scheunert, nach dem noch heute die Hauptstraße des Ortes benannt ist, bewohnte eine riesige Villa im Grünen. So manch einem, der hier gern hergezogen wäre, wurde dies zu DDR-Zeiten vom Bürgermeister verwehrt – es sei denn, er war guter Genosse oder er erwies sich für die Gemeinde als nützlich.

Schon seit den frühen Fünfzigerjahren verfügte die Gemeinde über eine eigene medizinische Ambulanz, in der international renommierte Ärzte wie der Leberspezialist Professor Vetter praktizierten. Die Ambulanz war zunächst in einem Seitenflügel des Instituts untergebracht und erhielt in den Sechzigerjahren ein eigenes Gebäude, das sich am (damals so benannten) Platz der Pioniere befand. Die medizinische Leitung oblag zunächst der SED-Ärztin Emilie Faber, später wurde sie von Dr. Siegfried B. übernommen, der im Jahr 1985 spurlos verschwand und dessen Leiche im Mai des Jahres 2007 unverhofft auftauchte.

Dr. Siegfried B. war allen Einwohnern von Bergholz-Rehbrücke bekannt. Da es noch weitere Ärzte in der Ambulanz gab, musste man sich jedoch im Krankheitsfall nicht unbedingt von ihm behandeln lassen. B. galt im Ort als freundlich und volksnah und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Es war bekannt, dass er sich in der Freizeit mit Tieren beschäftigte und als Arzt auch Aufgaben außerhalb des Ortes hatte.

Als er 1985 plötzlich verschwand, schossen die Spekulationen wild aus dem Volk. Mord, Hinrichtung oder Flucht waren die mutmaßlichen Hauptgründe, wobei es weniger um Motive wie Eifersucht oder Behandlungsfehler als um politische Machenschaften ging. Hatte die

Stasi, für die Doktor B. angeblich bei heimlichen Hinrichtungen die Totenscheine ausgestellt haben sollte, die Finger im Spiel? Da die DDR-Kripo nach gründlicher Durchsuchung des Wohngebäudes (einschließlich der 2007 zum Fundort gewordenen Garage) und nach Durchforsten des Gartens nichts gefunden hatte, versteifte sich die Gerüchtemehrheit auf Machenschaften des MfS. Doktor B., so vermutete man, sei dem MfS unbequem geworden, daher habe man ihn beseitigt. Nebenbei noch wurde die Variante durchgespielt, B. habe sich in den Westen schleusen lassen und führe unter geänderter Identität eine neue Existenz – etwa in Australien.

Nach 1990 wurden die Stasi-Akten geöffnet und der Fall des Dr. B. bekam wieder Aktualität. Vermutlich wird es kaum Aktenbestände geben, die so häufig und so intensiv unter die Lupe genommen wurden wie jene, die irgendeinen Zusammenhang zum verschwundenen Dr. B. hergeben. Die Ergebnisse jedoch blieben und bleiben mager. Es ist, so die weithin bekannten Auskünfte, keine Mitarbeit des Dr. B. mit dem Organ Stasi festzustellen, es wurden auch keine Anhaltspunkte zu einer „Beseitigung“ des Arztes durch das MfS gefunden.

Letzteres muss freilich nichts heißen. In den Wochen vor Erstürmung der Stasi-Hochburgen wurde so viel Aktenmaterial geschreddert, auf dass auch manch anderer hoch brisanter Vorgang aus der Welt geschaffen und das zutiefst geschädigte Opfer auf immer im Unklaren darüber belassen wurde, wie übel man ihr oder ihm mit spielte.

Andererseits muss nicht jedes dunkel gebliebene DDR-Schicksal ein Ergebnis der Stasi-Machenschaften sein. Man weiß, dass die Selbstmordrate im Staate DDR zu den höchsten in Europa gehört hat. Es wäre demnach auch möglich, dass sich Dr. B. mit einer Dosis Betäubungsmittel und mit einer Flasche Schnaps an eben jenen stillen Ort zum Sterben begeben hat, an dem man ihn 22 Jahre später fand. Von schlampigen Polizeiermittlungen, die es in der DDR oft genug gab, weiß man eigentlich nur in einem Bereich nichts. Das war die Fernsehserie Polizeiruf 110. B. Thonn

Nicht nur schlechte Erfahrungen bei Beantragung der Opferrente

Erhebendes Gefühl bei Erhalt des Bescheids

Als Reaktion auf den kritischen Kommentar zur teilweise schleppenden Bearbeitung der Anträge für die besondere Zuwendung, Opferrente genannt, teilte Dr. Karl-Heinz Kurz der Fg-Redaktion mit, dass es mittlerweile auch positive Erfahrungen bei der Bearbeitung der Anträge gibt.

☒ Nicht nur Kritik sollte geäußert werden, obwohl auch notwendig! Aus eigener Erfahrung ist das Regierungspräsidium Chemnitz - als für mich zuständige Stelle - zu loben, dessen Sachbearbeiter Herr Wolf unbürokratisch und pragmatisch per Telefon von mir noch eine fehlende Unterlage als Bestandteil meines Antragsformulars abforderte, so dass mich kurz darauf noch vor Weihnachten der Bescheid über die Zuwendung erreichte.

Welch ein erhebendes Gefühl! Dr. Karl-Heinz Kurz

Vererbare Opferrente wäre ein gerechter Ausgleich bei langen Ehejahren Bewerbungen der Frau wurden wegen Inhaftierung des Mannes abgelehnt

Zustimmung zu der Forderung in Fg 663, dass die Opferrente bei langer Ehepartnerschaft auf Hinterbliebene übertragen werden sollte. Von Dr. Karl-Heinz Kurz

☒ Es ist wahrhaftig so, wie es Dr. Haug formulierte. Der „Makel“ der Inhaftierung meinerseits musste ebenso von meiner Frau - wir sind seit 1973 verheiratet - mitgetragen werden. Bewerbungen meiner Frau bei „sozialistischen Betrieben“ wurden vom Kaderleiter mit den Worten beantwortet: „Wir würden sie gerne einstellen, aber Sie wissen ... Ihr Mann ...“ Dies sagte alles! Daher ist eine Vererbbarkeit der Opferpension bei langjährigen Ehen ein sozial gerechter Ausgleich für miterlittene Unbill. Eine Novellierung des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes wäre wünschenswert und nur gerecht.

Einblicke in Einzelschicksale und die vielfältige Aufarbeitung der Diktatur

Helma von Nerée legt großes Werk über ihre Familie und die Epoche nach dem Krieg vor

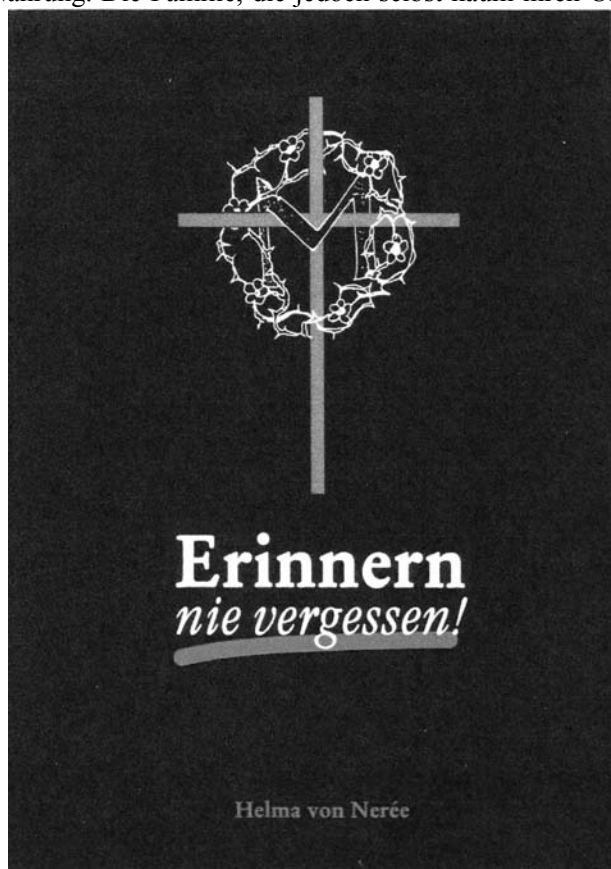
Wer ein Buch veröffentlicht, das im Format Din A 4 volle 362 Seiten umfasst, der bzw. die muss der übrigen Welt eine Menge zu sagen haben. Und genau dies ist bei Helma von Nerée der Fall. Ihr Vater, der 1946 in das Speziallager Mühlberg an der Elbe – wie viele andere Unschuldige – eingeliefert wurde und dort unter menschenunwürdigen Umständen ums Leben kam, gab ihr Anlass, das Schicksal ihrer Familie niederzuschreiben und die Entwicklung der Politik in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu analysieren und zu dokumentieren.

Die Schilderung des Familienschicksals beginnt mit der Versetzung des Vaters, der promovierter Ingenieur ist, von Leverkusen ins Sudetenland. Dort übernimmt Dr. Gerhard Schmitt die Leitung eines Betriebes, der zu den IG Farben gehört. Die Familie, insbesondere Helma und ihre Schwester, fühlen sich in der neuen Umgebung wohl, denn noch ahnt kaum jemand, dass jener Krieg für Deutschland in einer dauerhaften Katastrophe enden soll, und noch ist die Front fern. Doch die Zeiten ändern sich. Nicht lange und die ersten Flüchtlingstrecks aus den Ostgebieten treffen ein, mit ihnen kommen die Schreckenberichte von den Übergriffen der Sowjetarmee.

Helma ist bei Kriegsende gerade 17 Jahre alt, ein gutes Futter also für die ausgehungerten Soldaten der Sowjetarmee. Sie bleibt aber vor allem durch die Courageiertheit der Mutter von Vergewaltigungen verschont, obwohl die russische Besatzung dennoch ihren Schrecken hinterlässt. Da die Deutschen das Sudetenland zu verlassen haben, verschlägt es die Familie nach Zittau, wo der Vater, der ein ausgesprochen guter Techniker und bei den Nazis höchstens Mitläufer ist, schnell eine Arbeit findet. Dennoch weiß man, dass in jenen Jahren nach dem Krieg aufgrund von Stalins Befehlen viele Männer und Jugendliche verhaftet und in die berüchtigten Speziallager gesteckt werden, wo sie durch Seuchen, Hunger, Kälte oder Gewalt ums Leben kommen. Auch Helmas Vater ist gefährdet und soll sich nach dem Willen der Familie allein in den Westen durchschlagen, um dort in Sicherheit zu sein. Doch er ignoriert die Warnungen und wird von einem früheren Missgönner denunziert. 1946 wird er prompt verhaftet und zunächst in der Zittauer Kommandantur festgehalten. Mehrere tschechische Arbeiter aus seinem Betrieb treten nun als Zeugen auf und behaupten, Schmitt habe sie in der Fabrik schlecht behandelt. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall gewesen, hat sich der Betriebsleiter Schmitt immer wieder für seine tschechischen Arbeiter eingesetzt, wofür er permanent Scherereien mit den Nazi-Organisationen bekam. Der Inhaftierte bleibt noch einige Tage in Zittau, ohne dass seine Familie etwas über sein Schicksal erfährt. Danach wird er nach Bautzen ins Gelbe Elend verschleppt und kommt von hier aus über Nacht in das gefürchtete Speziallager Mühlberg, wo er kurze Zeit später ums Leben kommt.

Dies ist ein Schicksal, das der Internierte Gerhard Schmitt mit vielen anderen teilt, worüber es auch mehrere Bücher gibt. Beispielsweise hat die Autorin Sigrid Drechsler („Der Hass stirbt mit der Erinnerung“) ein ebensolches Vorhaben realisiert, indem auch sie dem Schicksal ihres im Lager Mühlberg umgekommenen Vaters nachspürte und dies dann sehr eindrucksvoll in einem Buch beschrieb.

Gerhard Schmitt gelingt es, zweimal einen Zettel mit kurzen Nachrichten aus dem Lager zu schmuggeln. Er benötigt Kleidung und, da er völlig entkräftet ist, etwas Nahrung. Die Familie, die jedoch selbst kaum ihren Un-



terhalt bestreiten kann, schickt ihm die Kleidung, doch an Essbarem reicht es nur für leidige Pellkartoffeln. Wenigstens versucht die Ehefrau, den Internierten zu sehen. Sie umschleicht das Lager, wobei auch dies von anderen Frauen bekannt ist, und schließt sich mit den Gattinnen anderer Verschleppter zusammen, um in Mühlberg vorzusprechen. Doch dies gelingt weder ihr noch ihren Leidgenossinnen. Ihre Männer bleiben verschollen, die meisten, wie sich im Laufe der Jahre herausstellt, für immer. Einmal noch erhält Helmas Familie einen Kassiiber, worin Gerhard Schmitt seine Frau beschwört, sich so schnell wie möglich in den Westen abzusetzen. Von anderen Internierten hat er erfahren, dass die Russen ganze Familien nach Sibirien deportieren, weil sie dort versierte Arbeitskräfte benötigten. Die Ehefrau befolgt diesen dringlichen Rat und setzt sich ins Rheinland ab, wo noch Helmas Großeltern leben.

Zuversichtlich an dem Buch stimmen neben den zahlreichen Auszügen aus Zeitungen und den Fotos sowie anderen Dokumenten die klug gewählten Zitate. Etwa:

*Die Schwachen kämpfen nicht
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang:
Diese sind unentbehrlich*

Helma von Nerée: **Erinnern – nie vergessen**
362 Seiten (Din A 4), 25 Euro zzgl. Versandkosten
Bestellungen unter:
H. v. Nerée, Grüner Weg 2, 34431 Marsberg, Fax:
02992 65531; Mail: helma-v-nerée@t-online.de

Dr. Alwin Haug

Behördenwillkür kommt Beleidigung der Opfer gleich

Über das unfassbare und unvorstellbare Verhalten einiger für die Bearbeitung der Opferrente zuständigen Behördenmitarbeiter

Sie waren keine große Gruppe unter den Häftlingen, die Kinder, die in den sowjetischen Lagern oder Gefängnissen der DDR geboren wurden. Nur 83 werden auf ihrer Internetseite <http://kindheit-hinter-stacheldraht.de> aufgelistet. Die meisten kamen aus dem Lager Sachsenhausen und dem Frauengefängnis Hoheneck. Dass es noch mehr waren, ist anzunehmen, doch gibt die katastrophale Aktenlage dazu bisher nicht mehr her, auch nicht, wie viele von ihnen die Haft nicht überlebt haben.

Über die Lebensumstände dieser Kinder schreibt Christa Kirchner, die ihre Tochter 1946 in Sachsenhausen zur Welt brachte: „Man stellte primitiv gearbeitete Kinderbetten auf, die wir wöchentlich mit Chlorkalk-Lösung abwaschen mussten, weil in den Astlöchern Flöhe und Wanzen nisteten. Damit die Kinder Calcium bekamen, kratzten wir den Kalkputz von den Steinfundamenten der Baracken ab. Um mehr Vitamine für sie zu haben - es gab nur Kartoffeln und gelbe Pferdemöhrrüben - sammelten wir zwischen den Baracken die dort wild wachsende Melde, die man schon im Krieg als Salat oder Spinat verwendete und die wir roh gehackt ins Essen mischten. Dann brach im Lager die Ruhr aus, an der viele gestorben sind, weil ja alle entkräftet waren. Sie brach zuerst bei den Allerschwächsten, bei unseren Kindern aus!“

Alle diese Kinder wurden später als Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft anerkannt. Sie erhielten ebenso eine HHG-Bescheinigung wie die nach der Wiedervereinigung gewährte Kapitalschädigung.

Günther Weckbach ist eines dieser Kinder. Geboren 1946, lebte er 2 ½ Jahre in den Lagern Torgau und Buchenwald. Günther Weckbach hat überlebt und wurde 1948 zusammen mit seiner Mutter entlassen. Heute ist er Rentner und lebt im Freistaat Bayern. Mit der Einführung der SED-Opferrente 2007 hat auch er beim Ausgleichsamt Schwaben einen Antrag gestellt. Schließlich ist er ein von mehreren Behörden anerkannter Häftling, auch wenn er damals noch ein Kind war. Aber das Gesetz sieht auch kein Mindestalter für eine solche Anerkennung vor. Und unschuldig war er auf jeden Fall, also sollte es für die Bearbeitung eigentlich auch keine lange Wartezeit geben.

Jetzt hat er einen Zwischenbescheid bekommen. Darin schreibt ihm das Ausgleichsamt, „Die besondere Konstellation Ihres Vorganges macht die Einsichtnahme in den HHG-Vorgang ihrer ... verstorbenen Mutter ... erforderlich.“

Günther Weckbach war verwundert, stellte er doch den Antrag für sich und nicht für seine verstorbene Mutter. Wieso also eine Überprüfung ihrer Unterlagen? Und was, wenn seine Mutter vielleicht doch nicht unschuldig war, gilt dann seine Haftzeit plötzlich nicht mehr als „rentenwürdig“?

Als VOS-Mitglied wandte er sich an den Bundesvorstand in Berlin, und wir fragten nach. Es brauchte einige Telefonate, bis wir endlich beim verantwortlichen Sachbearbeiter in Augsburg landeten. Was wir dann hier zu hören bekamen, verschlug jedoch selbst uns die Sprache. Auch wenn andere Behörden Günther Weck-

bach schon lange als Häftling anerkannt haben, für diesen zuständigen Sachbearbeiter ist das jedoch noch lange kein Grund, dies ebenfalls zu tun. Für ihn kann Günther Weckbach eigentlich überhaupt kein Häftling oder ein SED-Opfer sein, da er ja noch ein Kind war. Sätze wie „ich entscheide das aber so“ und „schließlich geht es hier um eine lebenslange Rente“ fielen und gipfelten letztendlich in der Mutmaßung, dass Günther Weckbach vielleicht sogar nur in einem Kinderhort oder Kindergarten des Lagers gewesen ist. Und daraus einen Rentenanspruch zu stellen, das sei doch zweifelhaft.

Ein Kinderhort im Lager Bautzen, Buchenwald, Sachsenhausen oder dem Frauengefängnis Hoheneck? So richtig mit Spielzeug, Super Nanny und Ausflug an den Badensee? Geht es nicht noch etwas grotesker, vielleicht mit Disco am Samstag und sonntags Freibier für die erwachsenen Häftlinge?

Welches katastrophale Wissen haben eigentlich manche Sachbearbeiter, die da in scheinbar selbstherrlicher Willkür über die Rentenansprüche von Menschen entscheiden, die jahrelang Opfer politischer Willkür waren? Welche absurden Vorstellungen von Haftbedingungen bestehen nur in deren Köpfen? Weiß jener Sachbearbeiter eigentlich, dass jeder dritte Insasse eines Lagers irgendwo in einem der vielen Massengräber rund um das Lager verscharrt liegt? Und weiß er von denen, die nach der Haft für den Rest ihres Lebens gezeichnet waren und heute um diese Rente bitten? Haben 18 Jahre Aufklärung noch immer nicht ausgereicht, um sich ein deutlicheres Bild vom Unrechtscharakter dieser Diktatur zu machen?

Immer mehr unserer Mitglieder beklagen sich über unzumutbare Wartezeiten bei der Beantragung, über unsinnige Nachweise, die gefordert werden, über verloren gegangene Akten und unwilliges Verhalten mancher Sachbearbeiter. Immer häufiger werden die Klagen und immer wieder wird der Verdacht geäußert, „die verzögern das absichtlich“.

Das ist sicher falsch und wir wissen von vielen guten und korrekten Sachbearbeitern. Wir hören aber auch immer wieder von Fällen wie in Augsburg, und das sind Fälle, die einfach nicht geschehen dürfen. Das haben wir nicht verdient und hier ist dringender Handlungsbedarf geboten!

Dass es auch anders geht, zeigt der Fall Barbara Kirchner. Die 1946 in Sachsenhausen geborene Tochter von Christa Kirchner, hat auch die Opferrente beantragt. Schon im November 2007 erhielt sie einen positiven Bescheid vom zuständigen Landesamt Berlin. Dahin ist sie vor wenigen Jahren aus München umgezogen.

Alex Latotzky

Anm. d. Red.: Fälle wie der hier beschriebene sind zwar zum Glück die Ausnahme, dennoch müssen gerade diese publik gemacht werden, damit die Öffentlichkeit erfährt, mit welcher Willkür die Anspruchsberechtigten bei der Beantragung ihrer Besonderen Zuwendung zu kämpfen haben.

Sollte es ähnliche Vorkommnisse geben, ist es erforderlich, diese in der Fg bekannt zu machen.

Alle, die vom Unrecht des Gefängnisses wissen, sind eingeladen

Cottbus erhält Gedenkstätte als Menschenrechtszentrum Cottbus (e.V.)

Der Plan ehemaliger politische Häftlinge, im einstigen Cottbuser Gefängnis an der Bautzener Straße eine Dokumentations-, Begegnungs- und Bildungsstätte zur Erinnerung an die SED- und die Nazi-Diktatur zu errichten, nimmt Gestalt an. Inzwischen haben der Verein und der Cottbuser Oberbürgermeister Frank Szymanski eine Nutzungsvereinbarung für den städtischen Grundstücksanteil unterzeichnet. Danach darf der Verein ab dem 1. Februar auf den 4500 Quadratmetern der Fläche, die der Stadt gehören, seine Pläne realisieren. Auf dem Teilgrundstück befinden sich ein Klinkerbau mit etwa 400 bis 500 Quadratmetern Nutzfläche, Garagen und Nebengelasse.

Das Ziel ist, die JVA-Geschichte insbesondere während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und während der DDR-Diktatur aufzuarbeiten und zu dokumentieren, sagte Dombrowski, MdL und Vereinsvorsitzender. Zudem sollen Gegenstände wie die Gefängnisgitter aus anderen Gebäuden für eine Museumsausstellung ausgebaut und gesichert werden. Dazu gehöre auch, dass der Verein dokumentieren werde, wie die Gefangenen als Teil der DDR-Wirtschaft systematisch ausgebeutet worden seien. «Alle, die etwas über die Unrechtsgeschichte des Gefängnisses wissen, sind eingeladen, mitzuwirken.»

Zunächst will der Verein zügig ein Konzept erarbeiten. Die künftige Gedenkstätte soll zudem der Bildungsarbeit und der Beschäftigung mit aktuellen Beispielen von Menschenrechtsverletzungen weltweit dienen. Umgesetzt werden soll das Konzept, das bis Juni abgestimmt sein soll, in den nächsten drei Jahren.

Am 11.02.2008 fand ein Gespräch mit Brandenburgs Kulturministerin Prof. Johanna Wanka (CDU) statt, ein weiteres mit dem Bund soll folgen. Mit dem Unternehmer Uwe Hartzdorf, der für rund 310 000 Euro die anderen rund fünf Hektar der Liegenschaft ersteigert hatte, laufen Abstimmungsgespräche.

Dieter Dombrowski: «Unser Anliegen bei dem Zentrum ist nicht, unser Schicksal zu betrauern, sondern wir wollen andere, vor allem junge Menschen dazu auffordern und dafür sensibilisieren, sich bei Unrecht einzumischen und Courage zu zeigen.»

Hervorgegangen war der Verein aus einem Treffen ehemaliger Gefangener am 7. Oktober, bei dem die «Cottbuser Erklärung» in der seit Jahren leer stehenden alten Haftanstalt in der Bautzener Straße verabschiedet wurde. Es war das zweitgrößte Gefängnis für politische Häftlinge in der DDR. Daran solle erinnert werden, lautete der Kern der damaligen Erklärung.

Hugo Diederich, stellv. Vereinsvorsitzender



Menschenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Str. 140

(Foto: H. Diederich)

Überwältigend ist weiterhin die Zahl der Kameradinnen und Kameraden, die für die VOS spendeten

Folgende Spender sind zu nennen:

Hartmut Bönicke, Dietrich Bockmüller, Inge Kurth, Irene Schulz, Erika Wittfoth, Regina Sommerfeld, Günther Arndt, Johannes Wagner, Heinz Krönert, Günther Zausch, Liesel Mayer, Wilfried Siefert, Irmgard Schwarz, Siegfried Schuster, Gisela Schlotte, Erich Marzahn, Kurt Pitlinski, Friedrich Richter, Udo Jahr, Bernd Westpfahl, Lia und Rodulf Helzig, Uwe Malcharek, Paul Radicke, Erich Grebe, Ingetraud Schwenn, Friedrich August Gregor, Gerhard Fischer, Eva Schreiber, Edith und Werner Kosel, Herbert Münch, Gerhard Bartels, Thomas Hainich, Anneliese Schulz, Herbert Köhler, Erich Keppeler, Hilde und Erhard Auras, Hermann Jauch, Werner Teuchert, Viktor Roubal, Johannes Weber, Joachim Bergter, Horst Hollandt, Rolf Starke, Ruth und Henry Liske, Helmut Felbrich, Heinz Holschke, Manfred Schäpe, Adolf Oeser, Ursula und Wolfgang Lehmann, Gerhard Lätsch, Karl-Heinz Werner, Lothar Ech, Elfriede und Eberhardt Sachs, Johanna und Werner Jung, Wolfgang Siegel, Friedrich-Wilhelm Grups, Alfred Ullmann und Frau, Horst Burow, Ursula Tischler, Martin Minkewitz, Gerhard Bruhnke, Rolf Meinel und Frau, Rudi Richter, Rosemarie und Erwin Kujadt, Alber Col-ditz, Erika und Johann Leeb, Gerhard Herrmann, Helga Hundertmark, Hildegard Hielscher, Horst Pinnow, Günther Kowalczyk, Kurt Boldt, Günter Jacobi, Wolf-Dieter Meyer, Christine Härtkorn, Wigand Dannemann, Anita Schürer, Waltraud und Heinz Noack, Dr. Ingrid und Klaus Muder.

Vorstand und Redakteur danken allen hier aufgeführten Kameradinnen und Kameraden. Jede Spende trägt zum Erhalt der VOS bei.

Wir trauern um

**Harald Wilke
Günter Schurig
Reinhard Vahldieck**

**Bezirksgruppe Brandenburg
Bezirksgruppe Köln
Bezirksgruppe Bernburg-Halle**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Die Kommunisten

Ein Gedicht, das anlässlich der Wahlergebnisse in Niedersachsen und Hessen von Dr. Ing. H. Helmut Schulze verfasst wurde.

Die Kommunisten sind ehrliche Leute -
damals zwar nicht, aber heute!
Die Kommunisten heißen nicht 'Kommunisten',
das wäre fatal!
Sie sind glatt und geschmeidig, so wie ein Aal.
Sie sind heute gern die 'Demokraten',
so wie sie damals gern Stacheldraht hatten.
Eingezäunt war damals ihr Domizil.
Eingesperrt waren auch wir damals viel.
Es sind heute die gleichen Demokraten,
die damals das Recht mit dem Stiefel traten!
Dem Stiefel der Stasi und der VP -
die Tritte von damals tun heut' noch weh!
Heute sind sie die 'Demokraten'
in Parlamenten
von 'alten' und 'neuen' Staaten!

Wenn sie dann einst noch die Mehrheit erringen,
dann werden sie wieder die FREIHEIT umbringen
Das Volk lässt sich offenbar alles gefallen -
Hauptsache, es kann beim Freibier mitlallen!
Doch der Kater wird kommen!
Und mit der Freiheit wird dann auch
der Wohlstand genommen!

Ein Brandenburger und Cottbusser

Der Autor behält sich die Veröffentlichungsrechte vor

Sachsenhausen-Häftlinge gesucht

Wer kann noch Angaben über bauliche Gegebenheiten machen?

Die Gedenkstätte Sachsenhausen saniert das Gebäude der ehemaligen Häftlingsküche. In diesem Zusammenhang sind wichtige Fragen aufgekommen, zu deren Klärung Häftlinge gesucht werden, die Angaben über die bauliche Beschaffenheit der Häftlingsküche von 1945-1948 machen können. Außerdem werden vertiefende Informationen über die Arbeitsabläufe in der Küche und dem Schälkeller benötigt.

Wer Aussagen dazu machen kann, wende sich bitte an die Gedenkstätte,

Frau Dr. Ines Reich, Tel. 03301-810916.

SPD-Veranstaltung in Hamburg

Am Donnerstag, dem 6. März, 15.00 Uhr

Vor 75 Jahren begann der Schrecken der Naziherrschaft, dem viele unserer Genossen zum Opfer fielen. Einige, die Zuchthaus und Konzentrationslager überlebt hatten, litten und starben nach 1945 in den gleichen Lagern, eingerichtet von dem NKWD/SED. In einer gemeinsamen Veranstaltung von AvS und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold e. V., Hamburg, erinnern wir daher an eines dieser Opfer, Karl Heinrich, der als Reichsbannerführer und Polizist die Republik verteidigte, in den Widerstand ging und in NKWD-Haft 1945 unter dubiosen Umständen verstarb:

**Kurt-Schumacher-Haus, Kurt-Schumacher-Allee
10 Raum 101/02, Hamburg,**

Mit: Peter Erler, Berlin,

Mitarbeiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen,

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Tel. 030-26552380 und 030-26552382

Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-fg.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 15.00 bis 18.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 2638

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

Redaktionsanschrift: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

eMail: troia-x@first-minute-buecher.de,

redaktion@vos-fg.de Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-fg.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-fg.de

Die nächste Ausgabe (665) erscheint: März 2008

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 664 12. Febr. 2008